
Literaturbericht

Eurokommunismus am italienischen Beispiel - eine Literatúrauswahl

Seit nunmehr gut 2 Jahren intensiviert sich die Diskussion um die „eurokommunistische Konzeption“ einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien in Leitartikeln und Hintergrundberichten der Medien sowie in der einschlägigen Literatur. Die Heterogenität dieser Diskussion ist vor allem dem etwas irreführenden Begriff zuzuschreiben - eine Wortschöpfung italienischer Journalisten und Politologen —, da er

- eine im europäischen Rahmen einheitliche Strategie der betreffenden nationalen Parteien unterstellt,
- eine Beschränkung der Konzeption auf Europa beinhaltet und
- eine tatsächlich nicht gegebene absolute Neuheit des westlichen Kommunismus durch die eigenständige Begriffsbildung vortäuscht.

Demgegenüber zeigt die Realität, daß es keine einheitliche Konzeption dieses Verständnisses innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Parteien mit den Schwerpunkten in Italien, Frankreich und Spanien (aber auch in Holland, Schweden und Portugal wird seine Wirkung spürbar) gibt, und daß auch der jeweils eigene, nationale Weg zu einer Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse bereits eine lange Tradition besitzt. Von Jugoslawien über China, Kuba und eine ständig wachsende Anzahl asiatischer und afrikanischer ehemaliger Kolonien zieht sich die Kette der Auseinandersetzungen um Vorherrschaftsansprüche, ökonomisch-technologische Abhängigkeiten und dem Willen jeweils nationaler Eigenständigkeit besonders in der Umbruch- und Aufbau-phase neuer Gesellschaftsformen. Dabei spielt das jugoslawische Beispiel des „Titoismus“ als eines eigenständigen Wegs gerade

für die südeuropäischen Vergleichsländer eine beherrschende Rolle.

Ist schon der Begriff unscharf, so wird die Verwirrung noch gesteigert durch die Berichterstattung in den Medien über die vielfältigen und oft miteinander in Konflikt stehenden politischen Gruppeninteressen in Ost und West, die die öffentliche Diskussion bestimmen und die auffallende Unbestimmtheit des eurokommunistischen Konzepts selbst, das offene Widersprüche in der Theorie und der durch sie begründeten Praxis zeigt.

So läßt sich beispielsweise unter dem Stichwort „Eurokommunismus“ emotional Front machen gegen die gesellschaftlichen Bedingungen in den „staatskapitalistischen Ländern“ und hier besonders der Sowjetunion, aber auch gegen die „integrative Verschleierungspolitik“ sozialdemokratischer Parteien und Regierungen und hier besonders der BRD. Politiker des Westens ziehen gegen das „Volksfrontgespenst“ in Frankreich und den „Historischen Kompromiß“ in Italien zu Felde, während Dissidenten des Ostens große Hoffnungen in das praktische Beispiel eines „demokratischen Sozialismus“ im Westen setzen. Noch erstaunlicher ist die Offenheit von Theorie und Praxis des Eurokommunismus: die theoretische Abkehr von der „Diktatur des Proletariats“ als einer zentralen Kategorie marxistischer Politökonomie; die Propagierung des Zusammengehens christlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Weltanschauungen und Parteien und damit die Anerkennung des repräsentativ-pluralistischen Parlamentarismus in Italien; die vehemente Kritik der spanischen Kommunisten am „realen Sozialismus“ in der Sowjetunion und damit die Entkräftung der Hypothese vom Eurokommunismus als „Trojanischem Pferd Moskaus“.

Der folgende - notwendig knappe und selektive — Überblick über wichtige Veröffentlichungen stellt Beiträge wichtiger KPJ-Politiker zum Problem „Eurokommunismus“ vor und gibt die deutsche Einschätzung der Eckpunkte dieses Konzepts wieder.

Seine Verwirklichung hätte sicher auch für die Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern bedeutsame Konsequenzen. Eine kommunistische Partei an der Regierung würde zweifellos zumindest die kommunistisch orientierten Gewerkschaften — und diese sind in Italien die stärksten - mehr in die Pflicht nehmen.

Eine Konzentration auf das italienische Beispiel ergibt sich beinahe zwangsläufig, da dort zahlenmäßige Stärke der kommunistischen Partei (1,8 Millionen Mitglieder), Verankerung in der Bevölkerung (34,4 Prozent Wählerstimmen), Stärke der kommunistischen Gewerkschaften (ca. 3 Millionen Mitglieder), theoretisches Diskussionsniveau und der Fortschritt praktischer Politik unter allen in Frage kommenden Ländern am weitesten entwickelt sind. Die Vorreiterrolle Italiens bleibt auch nach der Polemik um die Buchveröffentlichung *Santiago Carrillos* unbestritten.

Die Aufsatzsammlung

Berlinguer, Gramsci, Longo, Togliatti, Der Historische Kompromiß, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Berlin 1975, 202 Seiten, 14,- DM

bietet denn auch gerade unter dem praktisch-politischen Umsetzungsaspekt der Koalition verschiedener Weltanschauungen einen guten Einstieg in die Probleme des Eurokommunismus. Es wird mit einiger Plausibilität versucht, eine Brücke kontinuierlicher Entwicklung dieses Konzepts zu schlagen von den frühen Ausführungen *Gramscis* (dem Theoretiker und eigentlichen Gründer der KPI) über Thesen *Togliattis* und *Longos* (den Generalsekretären der Partei in der Zeit von 1944 bis 1972) zu den aktuellen Problemen, wie sie von *Berlinguer* in einer grundsätzlichen Stellungnahme angesprochen und in Einzelbeiträgen von Mitgliedern des Präsidiums der KPI (*Ingrao, Napolitano, Lombardo-Radice, Amendola* u. a.) sowie dem Vorsitzenden des kommunistischen Gewerkschaftsbundes CGIL, *Lama*, vertieft werden. *Lama* beispielsweise sieht einen positiven

Zusammenhang zwischen dem Historischen Kompromiß auf parteipolitischer Ebene und den Bemühungen um die Herstellung der Einheitsgewerkschaft auf gewerkschaftspolitischer Ebene. Berlinguer zufolge war der unmittelbare Anlaß der schrittweisen Verwirklichung des Historischen Kompromisses der Sturz der Volksfront in Chile, d. h. die Einsicht in die Unmöglichkeit, nur gestützt auf eine schwache linke Minderheitsregierung das gesellschaftliche System grundlegend umgestalten zu können, sowie der Druck der Krise des kapitalistischen Weltmarkts, dem nur in einer gemeinsamen Anstrengung der großen Parteien zu begegnen sei. Diese Auffassung korrespondiert mit der geringen Einschätzung der Chancen einer traditionell revolutionären Aktion in hochentwickelten westlichen Industriegesellschaften. Die Neustrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft nach sozialistischen Kriterien setze statt dessen den Auf- und Ausbau eines unabhängigen, westeuropäischen („weißen“) Kommunismus voraus.

Eine Vertiefung des theoretischen Aspekts der Entwicklung bzw. notwendigen Veränderung des Sozialismus als praktischer Philosophie als Konsequenz sich ändernder Realität der Industriegesellschaften gibt

L. Lombardo-Radice, Ein Gespenst geht wieder um in Europa, in: L'76 (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. - Köln 1976), Nr.1, S. 129 ff.

Dieser Beitrag des Präsidiumsmitglieds der KPI und führenden Vertreters des Eurokommunismus behandelt knapp und in großem Bogen die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa seit dem Kommunistischen Manifest 1848, der Pariser Kommune 1870/71, den großen Revisionismusdebatten der Jahrhundertwende und abschließend die Möglichkeiten, heute marxistische Erkenntnis lebendig zu halten. Kritisiert wird die mechanistische Variante der Marxismusinterpretation, die sich den Übergang zum Sozialismus erst nach und in der Folge der letzten großen Krise des Kapitals vorstellen kann (Zusammenbruchstheorie). Eben

diese Perspektive verstelle dem orthodoxen Marxismus den Blick auf die Anpassungs- und Überlebensfähigkeit des Kapitals in den westlichen Industriegesellschaften und damit zugleich auf geeignete Strategien zur gesellschaftlichen Neuordnung. Nach Lombardo-Radice ist der „Pluralismus eine objektive, notwendige Bedingung für den Sozialismus in Westeuropa“ (S. 141) und Sozialismus und politische Demokratie seien als untrennbares dialektisches Verhältnis zu sehen.

Mit dieser Einsicht wird Bezug genommen auf die berühmte Formel der „Diktatur des Proletariats“ als notwendigem Übergangsstadium zum Sozialismus. In einer der ersten Rezeptionen des eurokommunistischen Ansatzes in der BRD setzt sich

I. Fetscher, Ohne Diktatur des Proletariats, in: L'76, Nr. 1, S. 115 ff.

in aller Ausführlichkeit mit dem spektakulären Verzicht der Eurokommunisten auf diesen Kernbegriff und dem zugrunde liegenden Verzicht auf die revolutionäre Umgestaltung kapitalistischer Gesellschaftsform auseinander. In seinem Fazit argumentiert Fetscher, daß die bei *Marx* noch neutral als Durchgangsstadium angelegte Konzeption der Diktatur des Proletariats zu einer klassenlosen Gesellschaft schon unter *Lenin* und vor allem von *Stalin* bürokratisch mißbraucht, damit unglaublich und so für die aktuelle Politik kommunistischer Oppositionsparteien unbrauchbar werden mußte. Die entscheidende Frage bleibt aber auch hier nur rhetorisch: Ob der Eurokommunismus damit „zur Erkenntnis der Unentbehrlichkeit der effizienten demokratischen Kontrolle jeder Regierung gelangt ist, einer Kontrolle, die ohne institutionell garantierte Pluralität nicht möglich wäre . . . ?“ (S. 127).

Die Antwort darauf zieht sich als Leitfaden durch ein Gespräch, das der britische Soziologe und aktive Sozialist *E. Hobsbawm* mit *G. Napolitano*, ebenfalls einer der engagierten Vertreter der neuen Konzeption im Präsidium der KPI, führte und das in freier und offener Diskussion alle wesentlichen Aspekte des Eurokommunismus anspricht:

E. Hobsbawm, G. Napolitano, Auf dem Weg zum Historischen Kompromiß — Ein Gespräch über Entwicklung und Programmatik der KPI, edition suhrkamp, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977, 105 S., 6- DM.

Napolitano stellt klar, daß die folgenden Auffassungen für den eurokommunistischen Weg zum Sozialismus als verbindlich anzusehen seien: Anerkennung der Parteienpluralität, Autonomie der Gewerkschaften, Respektierung der Freiheitsrechte der bürgerlich-demokratischen Verfassungen, Respektierung der Ergebnisse freier demokratischer Wahlen, Umwandlung der kommunistischen Partei von einer Kader- in eine transparent strukturierte und demokratisch geführte Massenpartei.

Die Diskussion dieser Essentials eurokommunistischer Politiktheorie ist ausgesprochen spannend zu lesen und behandelt in lockerer Folge, doch mit sehr konkreten Aussagen, auch eine Reihe praktischer Fragen wie: die Problematik des nationalen Historischen Kompromisses in Italien und die Zugehörigkeit zur NATO; das Verhältnis der KPI zur Komintern und zur Sozialistischen Internationale; Sozialdemokratie und Eurokommunismus; die Frage der Übertragbarkeit bzw. Ausschließlichkeit des „italienischen Wegs“; die zunehmende Gefahr des Faschismus in Italien bei weiter andauerndem Fehlen einer durchgreifenden sozialen Reformpolitik.

Zusammenfassend läßt sich mit *S. G. Alf* in ihrem ausgezeichneten Vorwort zur vorliegenden Wiedergabe des Gesprächs mit Napolitano festhalten, daß es den objektiven Bedingungen des Eurokommunismus in Italien am nächsten kommt, „die politische Strategie der KPI als eine Hypothese zu verstehen, die zwar der Überprüfung an der Realität bedarf, die aber angesichts der großen Verspätung der marxistischen Theorie gegenüber den realen Entwicklungen und aktuellen Problemen kaum mit dem Hinweis auf klassische Lehrformeln „erledigt“ werden kann, sondern vielmehr selbst Anlaß und Gegenstand ernsthafter theoretischer Reflexion werden sollte“ (S. 32).

Indirekt wird die Fruchtbarkeit der eurokommunistischen Diskussion und die durch sie provozierte Infragestellung orthodoxer Marx-Interpretationen durch die Antwort der sich selbst links von der KPI einordnenden politischen Gruppen und deren Repräsentanten bestätigt:

R. Rossanda, L. Magri u. a., Der lange Marsch durch die Krise, edition suhrkamp, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976, 296 S., 9,-DM.

Diese Veröffentlichung besteht aus Aufsätzen, Referaten, Grundsatzthesen und Wahlanalysen von Mitgliedern der „Manifesto-Gruppe“, Vertretern kleiner, linker Parteien und politisch aktiver Splittergruppen sowie einiger Gewerkschaftsrepräsentanten wie *Lettieri* (Generalsekretär der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FLM). Die Beiträge entstanden in der Regel 1973 und danach und behandeln aus verschiedenen Blickwinkeln die ökonomische und gesellschaftliche Situation Italiens in der Weltmarktkrise sowie die möglichen politischen Alternativen zur aktuell praktizierten Politik der Christdemokraten und des „Historischen Kompromisses“.

An vielen entscheidenden Stellen wird kritisch auf die Position der KPI eingegangen, deren eurokommunistischer Konzeption die Verwischung der Grenze zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften der Gesellschaft vorgeworfen wird. Nach Auffassung dieser „Neuen Linken“ muß die Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus nach wie vor das Werk entschlossener Revolutionäre (Avantgarde) sein und ohne den Burgfrieden einer mittelfristig konzipierten Reformpolitik auskommen. „Zur Diskussion steht nicht die Frage, ob man in einem kapitalistischen System überhaupt politische Entscheidungen durchsetzen kann; zur Diskussion steht die Hoffnung - und von ihr behaupten wir, daß sie jeder theoretischen und praktischen Grundlage entbehrt -, den Kapitalismus in den Sozialismus überführen zu können.“ (L. Magri, S. 123).

Diese grundsätzliche und dogmatische Absage an die Adresse des Eurokommunismus — und auch jeder sozialdemokratischen Reformpolitik - schärft den Autoren aber zugleich den Blick für Schwierigkeiten, die bei der nicht unwahrscheinlichen Verwirklichung des „Historischen Kompromisses“ für den Eurokommunismus entstehen werden, nämlich die Verpflichtung der Gewerkschaften (ihrer heterogenen Bünde, Einzelgewerkschaften und der relativ selbständigen Basis) auf die Sanierung der Volkswirtschaft — und damit unumgängliche Verluste an gewerkschaftlicher Tarifautonomie - und die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für die allein mit nationalstaatlichen Mitteln nicht mehr zu steuernde italienische Wirtschaft. In der Tat ist der „Historische Kompromiß“ - einmal verwirklicht - auf eine internationale Kooperation angewiesen, und trotz aller ideologischer Spannungen scheinen dabei die UdSSR und das Comecon insgesamt auch heute noch die einzig realistische Möglichkeit der Zusammenarbeit zu bieten.

Mit den Chancen und der Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit aller linken Kräfte in Westeuropa befaßt sich daher

F. Vilmar, Für eine Kooperation der westeuropäischen Linken, in: Vorgänge 25 (Beltz Verlag, Weinheim und Basel), 1977, S. 102 ff.

Der Autor entwickelt mit einiger Euphorie und unter etwas unglücklichen Schlagworten („Sozialistische Politik für Europa - nur durch konzertierte Aktion der Linken“) ein umfassendes Konzept für eine westeuropäische Bündnis- und Integrationspolitik von Sozialdemokraten und Eurokommunisten. Die realistisch eingeschätzte Schwäche der „Sozialistischen Internationale“ der Sozialdemokratien führt ihn zur Forderung nach einem „Sozialistischen Bund“, der allen europäischen Linksparteien offenstehen soll und „mögliche Koalitionen linker Parteien sowie der Linken und Mitte-Links-Parteien vorzubereiten habe“ (S. 108). Ähnliches habe für die europäische Gewerkschaftspolitik zu gelten.

Einmal abgesehen von einer teilweise falschen Einschätzung der politischen Globalsituation Europas — so kann wohl kaum undifferenziert von einer „internationalen Tendenzwende zugunsten der Linken“ und von der „indirekt prosozialistischen Wirkung des Eurokommunismus auf den Ostblock“ (S. 104/105) gesprochen werden - schießen die Empfehlungen Vilmars weit über umsetzbare Zielperspektiven hinaus. Aus eurokommunistischer Sicht wäre sicher schon viel gewonnen, wenn kein direkter Druck gegen bzw. keine direkte Intervention in die inneren Umwälzungen der betroffenen Länder stattfinden würde (vgl. etwa Weltbank-Kredit-Konditionen für Italien), sondern die Richtung und Qualität gesellschaftlicher und ökonomischer Neugestaltungsvorstellungen als der politischen Grundstruktur solcher Staaten angemessen und angepaßt verstanden würde.

Mit den zentralen Problemen der ökonomischen Konzeption der KPI, also des italienischen Eurokommunismus, setzt sich eingehend auseinander

B. Koolen, Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Transformationsvorstellungen der Italienischen Kommunistischen Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Pahl-Rugenstein Verlag, Köln), 5/77, S. 593 ff.

Es werden zunächst die aktuelle sozio-ökonomische Situation geschildert und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen der KPI referiert. Dabei kristallisieren sich stichwortartig folgende Auffassungen heraus, die vom Autor aus verstreuten Ankündigungen und Thesen führender Parteimitglieder belegt werden, da bis heute - im Gegensatz etwa zum gemeinsamen Programm *Mitterrands* und *Marchais'* in Frankreich - noch keine verbindlichen Vorstellungen wenigstens der KPI über die wirtschaftspolitische Funktion des „Historischen Kompromisses“ existieren: Erhöhung der Massenkaufkraft, Verstaatlichungen nur selektiv und in Ausnahmefällen, Steuerreform zugunsten der Kiemverdiener, Technisierung

der Landwirtschaft und Modernisierung der Industrie, Verbesserungen des Infrastrukturbereichs bzw. des Dienstleistungssektors. Oberste Aufgabe und Resultat der vorgenannten Maßnahmen: Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Alternative in der Frage der Wirtschaftslenkung durch Neustrukturierung des Verbrauchs gegenüber Investitionslenkung sei noch nicht entschieden, dem öffentlichen Bereich solle aber überragende Bedeutung zukommen.

Auch eine nur kurze Durchsicht dieser Grundsätze läßt die angelegten Widersprüche (z. B. Modernisierung der Volkswirtschaft - Rationalisierung - Vernichtung von Arbeitsplätzen gegenüber dem Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder auch Zurückhaltung in der Verstaatlichung gegenüber der überragenden Bedeutung des öffentlichen Bereichs) erkennen. Der „Vorteil“ der Linken in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion besteht weniger in der Geschlossenheit des eigenen Programms als in der jahrzehntlang erwiesenen Unfähigkeit der Mitte und der Rechten, Reformpolitik im Interesse der Abhängigen zu betreiben. Die oft leerformelhaften und unkoordinierten Ausführungen der KPI gerade zur Wirtschaftspolitik, die wahrscheinlich ohne allzugroße Schwierigkeiten dem Links-Keynesianismus zuzuordnen wären, gewinnen erst dann an Bedeutung, wenn der Historische Kompromiß oder eine Übereinkunft in diesem Sinn mit offiziell regierenden Parteien die Durchführbarkeit und den Erfolg der genannten Reformziele in der Praxis beweisen muß. Auseinandersetzungen mit der Kapital- und in einigen Punkten sicher auch mit der Arbeitnehmerseite lassen aber dann mit Sicherheit nicht lange auf sich warten.

Den bisher wohl umfassendsten Versuch einer Einschätzung des Eurokommunismus aus deutscher Sicht haben

R. Genth, E. Altvater, Politische Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise — Ein Aufriß von Problemen einer Strategie

der Arbeiterbewegung, Prokla 26/27 (Rotbuch Verlag, Berlin), S. 77 ff. und S. 103 ff.

unternommen. Auch sie gehen von einem ursächlichen Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und den neuen Lösungsversuchen auf der Grundlage der eurokommunistischen Konzeption aus und zeigen, daß solche Versuche sich nicht auf nur kurzfristige Ad-hoc-Antworten auf die jeweiligen Erscheinungsformen der Krise einschränken lassen, sondern vielmehr in der Geschichte und den Erfahrungen der italienischen Arbeiterbewegung fest verwurzelt sind. Mit großer Sachkenntnis werden dann die schon gegebenen und noch zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Krise dargestellt: die Gefahr der Zersplitterung der Linken, Widersprüche innerhalb der KPI, besonders was die wirtschaftspolitische Konzeption betrifft, und die unumgängliche Auseinandersetzung mit und in den Gewerkschaften (Grad der Tarifautonomie). Die Strategie des Eurokommunismus als mögliche Antwort auf die Krise bedeutet für die Autoren nicht nur, daß sie „die Abkehr vom Moskauer Zentrum impliziert und folglich den kommunistischen Parteien des Westens die Möglichkeit eröffnet, ohne Berücksichtigung der Interessen des ‚Weltkommunismus‘ ihre nationalen Kompromisse mit den jeweiligen nationalen Bourgeoisien zu schließen“; wichtig ist darüber hinaus „der darin implizierte Versuch, eine Strategie gegen die Gefahr der Disgregation (des Auseinanderfallens, W.L.) nicht nur innerhalb der nationalen Arbeiterklassen, sondern auch auf europäischer Ebene zu entwickeln“ (Nr. 27/S. 116).

Anstelle einer Zusammenfassung: Für eine sachliche und den jeweils nationalen Bedingungen im einzelnen entsprechende Einschätzung des Eurokommunismus ist es noch zu früh. Dazu muß erst die gesellschaftliche und vor allem die wirtschaftliche Praxis die angesteuerten Ziele als durchsetzbar erweisen. Erst dann kann auch aus gewerkschaftspolitischer Sicht der Stellenwert des Eurokommunismus einer eingehenden Analyse unterzogen werden. Entscheidend ist

heute vielmehr die Einsicht der politischen und auch gewerkschaftlichen Führung ausschlaggebender Länder des Weltmarkts in die durch die neueste Geschichte begründete Notwendigkeit eines Kurswechsels in Italien und Frankreich und damit die Notwendigkeit einer rationalen Auseinandersetzung mit der eurokommunistischen Konzeption in weitem Rahmen. In der Tat ist der internationale Aspekt des Eurokommunismus ausschlaggebend für die betreffenden Nationen selbst (Abhängigkeit vom Weltmarkt), für Aufnahme, Diskussionsbereitschaft und historisches Verständnis dieser Konzeption bei den großen Sozialdemokratien Mittel- und Nordeuropas und nicht zuletzt für das West-Ost-Verhältnis überhaupt.

Wolfgang Lecher